

# Fédéral

Autor(en): **Nydegger, Werner**

Objekttyp: **Illustration**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **122 (1995-1996)**

Heft 2

PDF erstellt am: **21.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Bundesrat Wahlen dürfte sich in seinen ewigen Gefilden wundern, auf welche Weise seine Anbau-Schlacht zur Landesversorgung mit Nahrungsmitteln heute weitergeführt wird. Es geht nicht mehr um den Anbau grüner, sondern weisser Flächen, die dank Schneekanonen bereits eine Ausdehnung von 800 Hektaren aufweisen – zur Landesversorgung mit Skitouristen (siehe auch «Ski-paradies» auf S. 26/27).

Das Bundesamt für Flüchtlinge, im Kürzel BFF, könnte man auch umbenennen in Bundesamt für Fehlplanungen. Nachdem im vergangenen Jahr aufgrund einer naiv-unsinnigen Rück-schubpolitik Hunderte von Familien von ihren Arbeitgebern auf die Strasse und damit in die Fürsorge entlassen werden mussten, soll nun grundsätzlich eine Weiterbeschäftigung beim «bisherigen Arbeitgeber» angestrebt werden. Man müsste eigentlich dem «bisherigen Arbeitgeber» der zuständigen Bundesbeamten zu bedenken geben, ob deren Weiterbeschäftigung bedenkenlos ist.

Nun müssen auch härteste EU-Gegner unter den Käseexporteuren und Milchbauern vor Brüssel die Hosen abziehen. Wer Käse in die Nachbarländer verkaufen will, der muss nicht nur strenge EU-Hygienevorschriften erfüllen, sondern sich auch noch verpflichten, sich (respektive sein Vieh...) von EU-Tierärzten überprüfen zu lassen. Nun haben wir sie also im eigenen Stall, die fremden Richter – und dürfen nicht einmal mitbestimmen!

Bundesrat Adolf Ogi war beim traditionellen Parlamentarierskirennen Schweiz – Grossbritannien nicht mehr Klassenester. Die Bahnprobleme der letzten Jahre sind anscheinend tiefenpsychologisch doch an ihm kleben geblieben, so dass er auf der kurvigen Schneebahn nicht mehr zu seiner bisher intuitiven Sicherheit fand. Immerhin, im Gegensatz zu seiner EVED-Tätigkeit gab hier Ogi seine Fehler offen zu.

Die Schweiz sollte sich möglichst rasch Italien anschliessen. Nur durch einen solchen Beitritt würde die herrschende Steuermoral nicht auffallen. Fast die Hälfte der 263 000 Mehrwertsteuerpflichtigen hat ihre Mehrwertsteuer-Abrechnungen noch nicht abgeliefert. Das kommt davon, wenn man das Sparen zu ernst nimmt.

Seitdem die Schweizer Wirtschaftsführer bei den Bauern in die Schule gehen, hört ihr Jammern nicht mehr auf. Die Wirtschaftsfreiheit ist für sie derart eingeschränkt und mies, dass man nicht umhin konnte, 1,4 Millionen Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern und 1994 die Direktinvestitionen im Ausland um 16 Prozent auf die Rekordhöhe von 15,1 Milliarden Franken zu steigern. Die CH-Unternehmer werden auch die neueste Studie «Economic Freedom of the World: 1975–1995», eine Analyse von elf renommierten Wirtschaftsinstituten aus mehreren Ländern, nur jammernd lesen. Darin weist man schwarz auf weiss nach, dass die Schweiz unter 102 Ländern in Sachen Wirtschaftsfreiheit bloss auf dem fünften Rang steht. Zwar als erstes europäisches Land, aber hinter – man nehme das Nastuch – Hongkong, Singapur, Neuseeland und den USA.